

So wie der 4 GB MP3-Player von niemanden mehr gekauft würde, würden Menschen mit geringerer Ausbildung in machen Fällen auch nicht mehr eingestellt. Jeder Arbeitgeber der die Wahl zwischen zwei Bewerbern hat, bei denen der eine besser ausgebildet ist als der andere, und er für beide das identische Gehalt zahlen muss, entscheidet sich für den besser ausgebildeten. Folglich entspricht ein Mindestlohn der über der Leistungsfähigkeit eines Arbeitnehmers liegt einer faktischen staatlichen Hinderung überhaupt irgendeinen Beruf nachzugehen. Ein Mindestlohn träge viele derzeit Beschäftigte wie eine

„Arbeitslosigkeit per Gesetz – einem Berufsverbot“. Ein weiteres großes Risiko besteht beim Mindestlohn darin, dass generell weniger Arbeit nachgefragt wird, wenn die Löhne vom Gesetzgeber künstlich angehoben werden. Auch dies wird deutlich an unserem MP3-Player Beispiel. Je höher der Preis für ein Gut ist, desto geringer ist in der Regel die Verkaufszahl des Gerätes. Denn bei steigenden Preisen sind immer weniger Menschen bereit, sich das Gut leisten zu wollen. Wenn MP3-Player bereits für 15,- € zu haben sind, entscheiden sich zweifelsohne mehr Menschen dafür diesen zu kaufen, als wenn die günstigsten

MP3-Player für 300,- € zu haben wäre. Ähnliche Argumentation trifft auch auf den Arbeitsmarkt zu. Angenommen ein in Rente stehender Mann fällt es körperlich nicht mehr leicht selber seine Wohnung zu saugen und zu wischen. Bis zu einem bestimmten Preis (dem so genannten Reservationspreis) ist dieser Mann bereit das Reinigen der Wohnung gegen Zahlung von Geld durch einen Hausdienst erledigen zu lassen. Überschreitet der mindestens zu zahlende Lohn pro Stunde allerdings eine bestimmte Höhe, ist es dem Mann lieber, die Wohnung wieder selbst zu reinigen. Die Arbeit wird also in diesem Beispiel

nicht mehr durch den Hausdienst erledigt und entzieht sich dem Arbeitsmarkt.

Ein Mindestlohn klingt bei erstmaligem Hinhören gerecht und unterstützenswert. Die Schlagsätze wie „Wer vollzeit arbeitet muss auch davon leben können!“ sind nicht einfach von der Hand zu weisen, doch führt ein Mindestlohn nur dazu, Menschen die Möglichkeit zu nehmen überhaupt einen Arbeitsplatz antreten zu dürfen. Ein Mindestlohn schiebt viele Beteiligte ungefragt in die Arbeitslosigkeit. Eine Tatsache die ungerechter kaum sein kann. (CM)

62. Landesverbandstag der Jungen Union Braunschweig

Kräfte bündeln durch Umgang mit Geschichte, Traditionen und Werten



Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann und Andreas Weber.

Am Freitag, 31.08.2007, fand im Gildesaal des Gewandhauses Braunschweig der 62. Landesverbandstag der Jungen Union Landesverband Braunschweig statt. Über 60 junge Teilnehmer aus dem gesamten Braunschweiger Land nahmen an der Veranstaltung teil. Besondere Akzente setzten die Appelle von Braunschweigs Oberbürgermeister Dr. Gert Hoff-

mann und vom Generalsekretär der CDU in Niedersachsen Ulf Thiele.

Erstmals auf einem Landesverbandstag der Jungen Union sprach Oberbürgermeister Dr. Gert Hoffmann zu den Mitgliedern der Jungen Union. In seiner Rede mit dem Titel „Braunschweiger Land im Aufschwung“ machte er deutlich, dass frischer Wind im Lande Braunschweig

weht, seitdem die CDU die politische Führung in Städten, wie Braunschweig, Salzgitter, Wolfenbüttel, und im Land Niedersachsen übernommen hat. Des Weiteren hob er die Rekonstruktion des Braunschweiger Residenzschlosses als ein weiteres Merkmal des Aufschwungs hervor.

Der Jungen Union rief er zu: „Es ist wichtig, dass

sich junge Leute mit Geschichte beschäftigen und anhand von Symbolen mit Traditionen identifizieren.“, führte Dr. Hoffmann an.

Ein weiterer Schritt mit hoher Bedeutung für die kommunale Zusammenarbeit im Braunschweiger Land sei die ab 1.1.2008 in Braunschweig ansässige eigene Sparkasse.



Die Delegierten des Kreisverbandes Goslar bei der Abstimmung.



Generalsekretär der CDU in Niedersachsen Ulf Thiele zusammen mit Farina Alshut (GS) und Lennard Weiß (GS).

Hoffmanns Quintessenz bestand aus einem Appell an die Junge Union im Braunschweiger Land: „Gemeinsam müssen wir uns Gedanken machen, wie wir die Kräfte des Braunschweiger Landes zukünftig bündeln und geschlossen nach außen ver-

treten können.“

Der Appell des Oberbürgermeisters stieß bei der Jungen Union auf fruchtbaren Boden: „Wir unterstützen das Bemühen des Oberbürgermeisters zu einer geschlossenen Vertretung des Braunschweiger Landes zu kommen.“, so der Landesvorsitzende der Jungen Union Andreas Weber. Zum Umgang mit der Geschichte und der Tradition sagte Weber weiter: „Der JU-Landesverband Braunschweig ist die einzige politische Jugendorganisation, die sich mit Geschichte und Tradition des alten Braunschweiger Landes stets beschäftigt.“

Bevor der Landesverbandstag in die Antragsberatung einstieg und der Kreisverband Braunschweig für die beste Mitgliederwerbung geehrt wurde, sprach Ulf Thiele, MdL und Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, zu den Teilnehmern. Zuerst stellte er kurz die Leistungsbilanz der niedersächsischen Landesregierung unter Christian Wulff dar: „Wir können erhobenen Hauptes vor die Niedersachsen treten.“, so Thiele.

Er motivierte die Mitglieder der Jungen Union, sich nicht auf den erzielten Erfolgen auszuruhen: „Für einen Wahlsieg müssen wir uns immer wieder krumm

machen“.

Thiele richtete den Blick insbesondere auf den SPD-Spitzenkandidaten Wolfgang Jüttner, der als ein Alt-68er-Ideologie Verhafter „nicht die Gelegenheit zum Regieren bekommen darf“. Dabei stimme der Generalsekretär mit der Jungen Union völlig überein: „Wolfgang Jüttner hält sich die Hintertür offen, von Kommunisten zum Ministerpräsidenten gewählt zu werden. Bis heute vermischen die Niedersachsen eine klare Abgrenzung der SPD zur Linkspartei“, ergänzte der Landesvorsitzende der Jungen Union Andreas Weber. (AW)

Schüler Union gründet Landesverband Braunschweig „Ein offeneres Ohr für Schülerinteressen“

Die Schüler Union (SU) gründete einen eigenen Landesverband im Braunschweiger Land. Damit will die Jugendorganisation ihre Präsenz in allen Gebieten des Braunschweiger Landes verstärken und die Arbeit von Schülergruppen vor Ort besser koordinieren. „Die Schüler Union hat ein offenes Ohr für alle Schülerinteressen und bietet eine politisch unabhängige und effektive Interessenvertretung“, stellte der neu gewählte Landesvorsitzende Thorge Karnick aus Peine die Aufgabe der



Der SU-Landesvorstand Braunschweig: Geschäftsführer Alexander Schneider (Braunschweig), Schatzmeister Dan Schumacher (Goslar), Schriftführer Marlon Hohl (Peine), Stellvertretende Landesvorsitzende Jan-Philipp Augustin (Braunschweig) und Mathias Poznansky (Salzgitter), sowie Landesvorsitzender Thorge Karnick (Peine).



Die Landesvorsitzenden Andreas Weber (JU) und Thorge Karnick (SU) bei der Gründungsveranstaltung.

Schüler Union vor.

Braunschweig. Aus dem gesamten Braunschweiger Land kamen die Mitglieder der Schüler Union in Braunschweig zusammen. Einstimmig wurde zunächst eine Satzung verabschiedet

und dann ein neuer Landesvorstand gewählt. Die Verbandsgründung begleiteten als Gäste der JU-Landesvorsitzende Andreas Weber sowie der SU-Landesgeschäftsführer Marco Zacharias.

Ein besonderer Bonus für

den neuen Verband ist die Stimmvergabe auf der Bundesschülertagung der Schüler Union Deutschlands, bei der jeder Landesverband und somit auch Braunschweig zehn Stimmen erhält. Prompt wurden die Delegierten dafür bestimmt. „Auch wenn wir auf Niedersachsebene mehr als ein Bezirk erscheinen mögen, im Bundesverband stehen wir als eigenständiger Landesverband dar. Wir werden unsere Aufgaben in die Hand nehmen und unsere Ziele verwirklichen.“

Weitere Ziele des neuen Verbandes sei die Mitgliederwerbung im 241-Mitglieder starken Verband, die gemeinsame Organisation von Seminaren und Veranstaltungen wie dem eigenen Landesverbandstag und der inhaltliche Austausch unter den Mitgliedern, fuhr Karnick fort. (CP)

Das Kreuzworträtsel

Viel Erfolg!



1. BVerfG ausgeschrieben?
2. Welcher Fluss verbindet u. a. Hannover und Göttingen?
3. Christian Wulff ist?
4. Die Herrschaft der Wenigen?
5. Instanz?
6. Kabinettsmitglied?
7. Ein Einschnitt?
8. Vater, Sohn, Heiliger Geist?
9. Luft hat ??% Sauerstoffanteil?
10. Welche Kraft spürt man vor allem in einer schnell gefahrenen Kurve?
11. Welcher Wahlkreis ist seit 27.01.2008 ohne CDU-Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag?
12. Name des „Superverbandes“?

Wir werfen es weg, wenn wir es benötigen, holen es uns wieder, wenn wir es nicht mehr brauchen. Von was ist hier die Rede?

Antwort bitte an pressesprecher@ju-lv-bs.de

(Die erste, korrekte Antwort wird auf dem Landesverbandstag prämiert!)



Zur politischen Lage in Berlin: Bericht aus dem JU Deutschlandrat Große Koalition – Große Reformen?

Die Arbeitslosigkeit ist heute so niedrig wie seit zwölf Jahren nicht mehr. Nach einem dramatischen Abbau sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung haben heute erstmals über 40 Millionen Menschen in Deutschland Arbeit. Auch die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 3,3 Prozent steht auf der Haben-Seite der Großen Koalition.

Dennoch werden diese unbestreitbaren Erfolge inzwischen konterkariert: Der geplante Gesundheitsfonds wird für viele Versicherte eine Beitragssteigerung spätestens zum Jahresanfang 2009 bringen. Zudem ist es bei den Beratungen zur Reform der Gesundheitsversicherung nicht gelungen, das Gesundheitswesen in Deutschland demografie-fest zu machen, wie es im Koalitionsvertrag festgelegt

war. Gleiches gilt für die Pflegeversicherung, die – ebenfalls entgegen der Vereinbarung im Koalitionsvertrag – nicht durch kapitalgedeckte Elemente zukunftsfest gestaltet werden konnte, weswegen die Belastungen der zukünftigen Generationen deutlich steigen werden.

Bei der Pflegeversicherung wiegen die heutigen Versäumnisse besonders schwer, denn in diesem Zweig der Sozialversicherung ist jetzt der späteste mögliche Zeitpunkt, frühere Fehler zu korrigieren. Bei einem prognostizierten Anstieg der Pflegebedürftigen um 60 Prozent bis zum Jahr 2030 wird es jedes Jahr schwieriger, den heutigen Standard auch nur ansatzweise zu halten. In absoluten Zahlen werden 2030 3,4 Millionen Menschen (heute 2,1 Millionen) auf Pflege angewiesen

sein, die Zahl der über 80-Jährigen wird um 73 Prozent auf dann 6,3 Millionen wachsen.

Den Hauptverantwortlichen für diese rückwärtsgewandte Politik sieht die Junge Union im Koalitionspartner SPD, der sich vom Populismus der Linkspartei treiben lässt. Während sich die SPD unter ihrem Vorsitzenden Franz Müntefering noch klar von der Linkspartei abgegrenzt hat, läuft sie nun unter Kurt Beck der Linkspartei in einem populistischen Wettbewerb hinterher.

Wichtig ist: In den eineinhalb Jahren bis zur nächsten Bundestagswahl darf kein Zustand gegenseitiger Blockade eintreten. Die Große Koalition muss diesen Zeitraum nutzen, um weitere Lösungen zu erreichen. Trotz des Linksrucks und des Sozialpopulismus

à la Lafontaine muss die soziologische Mittelschicht, die mit ihren Steuern und Sozialabgaben den Großteil unseres Staates sowie die Sozialleistungen trägt, im Mittelpunkt der Politik stehen. Entschiedenes politisches Gestalten ist gefragt, statt der Verlockung nachzugeben, immer neue Verteilungsdebatten zu führen. (CT)



Christian Thönelt (23) ist JU Deutschlandrat aus dem Landesverband Braunschweig und Mitglied der Bundeskommission Gesellschaft.

Termine des Landesverbandes und der Kreisverbände

Bildungsprogramm „Voneinander lernen“

16.06.2008 18:00 Uhr
Kreisverband Braunschweig

Besichtigung Verkehrsrechner der Bellis GmbH mit Henning Brandes MdL

04.07.2008 15:00 Uhr
Kreisverband Braunschweig

School's Out Party

11.07.2008
Große Party mit vielen Gästen zum Schulende
Kreisverband Goslar

JUniversity der JU Niedersachsen

12.-13.07.2008
Traditionsreiche JU-Veranstaltung mit 4 interessanten Foren ein ganzes Wochenende lang.
Ort: Burg Warberg, Landkreis Helmstedt
JU-Niedersachsen

63. Landesverbandstag
im August (evtl. 02.-03.08.)
Höhepunkt der Jungen Union im Braunschweiger Land
(u. a. Neuwahl des Landesvorstandes) Ort: KV Goslar
JU-Landesverband BS

Mitgliederversammlung (BS)

08.08.2008 18:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Ort: CDU-Haus
Kreisverband Braunschweig

Brockenwanderung

31.08.2008 ca. 08:30 Uhr
Viele Gäste auch aus benachbarten Kreis- und Landesverbänden)
Kreisverband Goslar

Stand auf dem 18. Öko-markt

07.09.2008
Ort: Bad Harzburg
Kreisverband Goslar

Berlinfahrt mit Carsten Müller

04.09.2008 07:00 Uhr
Kreisverband Braunschweig

Feuerzangenbowle mit Film und Getränk

14.11.2008 19:00 Uhr
Ort: CDU-Haus
Kreisverband Braunschweig

Deutschlandtag

07.-09.11.2008
Ort: Rust in Baden-Württemberg (Das größte Event der JU-Deutschlands)
JU-Deutschlands

Glühweinstand

13.12.2008
Ort: Stadtmitte Bad Harzburg
Kreisverband Goslar

Der Landesvorstand 2006-2008 vor den Wahlen auf dem 63. Landesverbandstag in Goslar



Landesschatzmeister
Hagen Holste



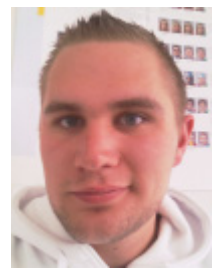
Stellv. Landesvorsitzender
Marco Kelb



Landesvorsitzender
Andreas Weber



Stellv. Landesvorsitzender
Claas Merfort



Landespresse Sprecher
Christoph Ponto



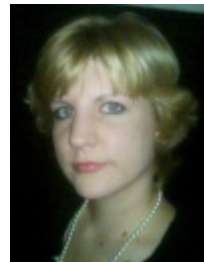
Landesgeschäftsführer
Gerrit von Lipinski



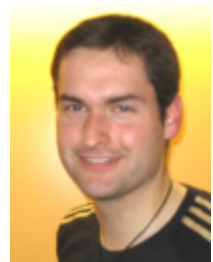
Beisitzerin
Patricia Faska



Beisitzerin
Juliane Grahn



Beisitzerin
Ann-Marie Kemmer



Beisitzer
Phillip Stolze



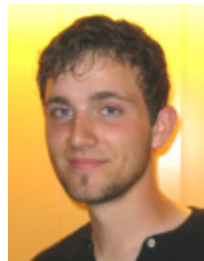
Braunschweig
Claas Merfort



Goslar
Julian Klaas



Helmstedt
Gerrit von Lipinski



Peine
René Wöhler



Salzgitter
Enrico Przybilla



Wolfenbüttel
Adrian Haack



Deutschlandrat
Christian Thönelt



Vertreter in der JU-NDS
Andreas Weber

„Soziale Gerechtigkeit“ heißt unser Programm

Seitdem sich in Deutschland die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern, flammt eine wichtige Grundfrage unseres Zusammenlebens wieder auf: Was ist sozial gerecht?

Als junge christliche Demokraten verstehen wir soziale Gerechtigkeit in erster Linie als Chancengerechtigkeit. Jeder Mensch ist unterschiedlich, hat individuelle Begabungen. Er muss gerade in einer freiheitlichen (und immer mehr globalisierten) Gesellschaft gleiche Chancen vorfinden, um sich verwirklichen zu können. Wie sehr er sie nutzt, um „nach oben“ zu kommen, bleibt ihm überlassen. Dabei soll er sich sicher sein: ich werde von der Gesellschaft nicht zurückgelassen. Ein sozial gerechter Staat sorgt dafür, dass Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle möglich ist. Aber gerade hierin liegt die größte Herausforderung für den Staat – nämlich die Beantwortung der Frage, wie viel man zum Leben mindestens braucht.

An der Beantwortung dieser Frage haben besonders junge Leute ein Interesse, auch wenn es vielen nicht bewusst ist. Sie bezweifeln ernsthaft, ob ihre



Rente später sicher ist. Die Schlagwörter der Zukunft heißen: Eigenvorsorge, Selbstbestimmung und Zusatzversicherung. Doch nicht selten sind sie mit der Bewältigung aktueller Probleme beschäftigt: bis zu einem echten Ausbildungsplatz muss mancher Schulabgänger einen langen Weg über Praktika und weitere Berufsschulqualifikationen beschreiten. Da bleibt kaum Luft für Eigenvorsorge.

Was also kann der Staat tun, damit besonders junge Leute soziale Gerechtigkeit erfahren? Ein guter Vorschlag ist das Solidarische Bürgergeld von Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus. Das ist zwar sozial revolutionär, aber um Längen besser als die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von den Linken.

Grundsätzlich heißt es, Bildung und Familie seien der „Klebstoff“ unseres Zusammenlebens. Genau! Ein Staat

handelt sozial gerecht dann, wenn er durch Bildungsangebote die unterschiedlichen Startchancen junger Menschen ausgleicht. Das gelingt am besten im begabungsgerechten Bildungswesen, in dem Fördern und Fordern so früh wie möglich stattfindet. Darüber hinaus ist es gerecht, wenn diejenigen entlastet werden, die einen besonders wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten – die Familien.

Die Junge Union hält zu diesen wichtigen Fragen schon Lösungsansätze bereit, ist aber ständig auf der Suche nach sozial gerechten Antworten. Sie zu erarbeiten und im politischen Geschäft durchzusetzen bildet das Handlungsprogramm einer ganzen kommenden Politikergeneration – unserer Generation.

Andreas Weber
JU-Landesvorsitzender

Demnächst neu:

Website des JU-Landesverbandes

www.ju-lv-bs.de

